

Sessionsrückblick

Nationalrat Martin Hübscher

Frühlingsession 2026





Arbeit beginnt...



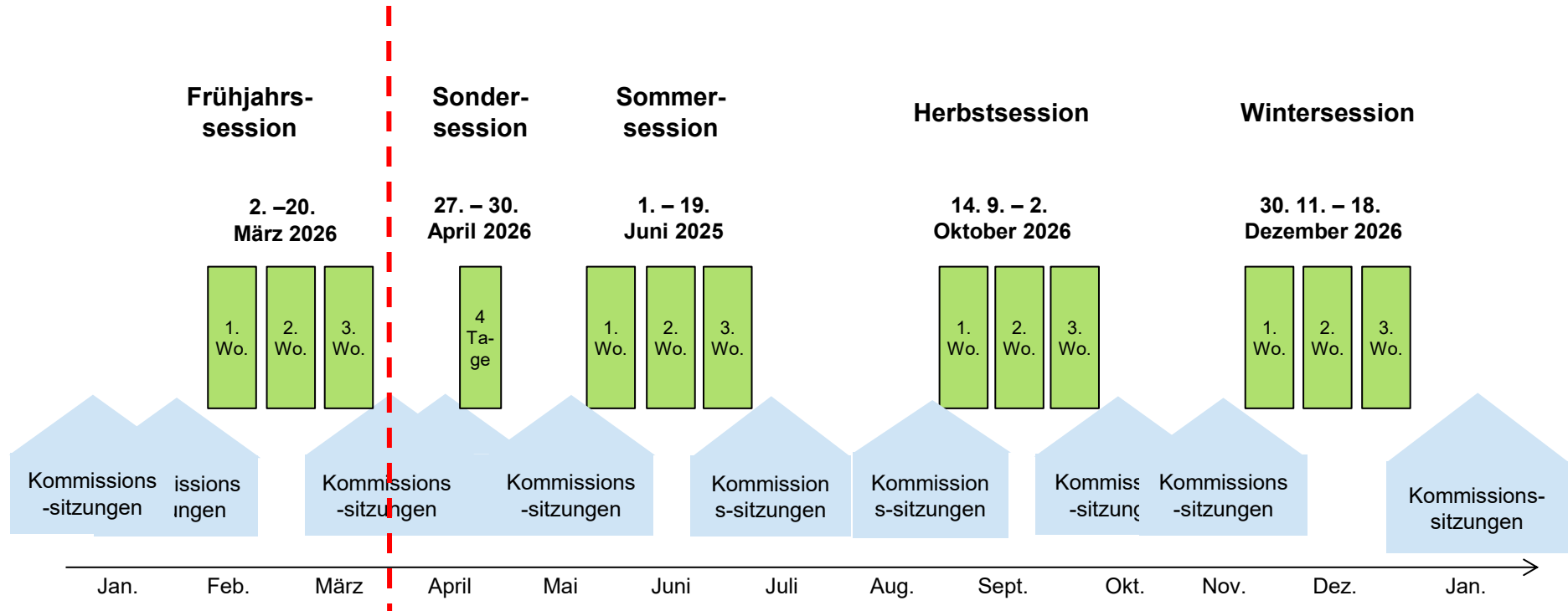
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

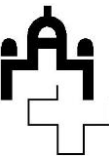
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

Sessionsrückblick



Zusätzlich zu den Sessionsen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die GLP und die SP



SVP:	67
SP:	41
Die Mitte:	31
FDP:	28
Grüne:	23
GLP:	10

Fraktionen / Groupes parlementaires

- SVP (blue)
- SP (red)
- Die Mitte (green)
- FDP (yellow)
- Grüne (purple)
- GLP (orange)

PRÉSSE

Mitglieder des Bundesrates / Membres du Conseil fédéral

Mitglieder des Bundesrates / Membres du Conseil fédéral

Kommissionen / Commissions

Mitglieder des Bundesrates / Membres du Conseil fédéral

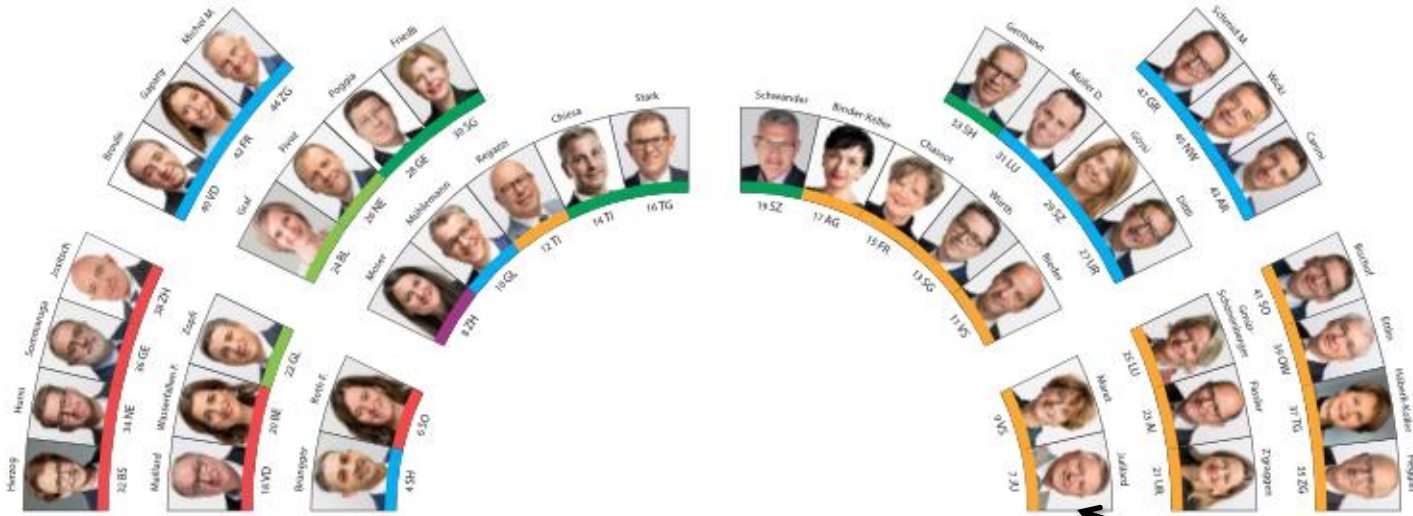
8 Stimmzähler

Präsident (SVP)

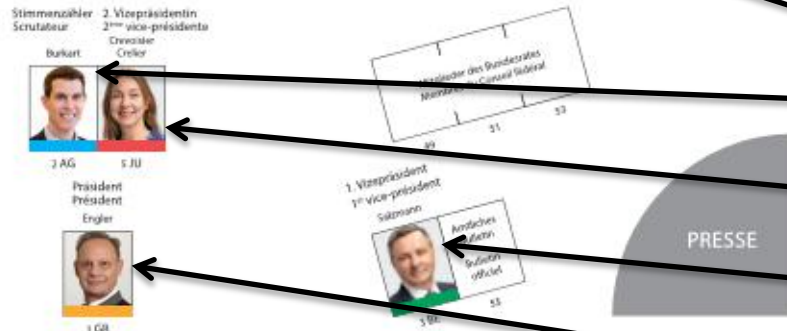
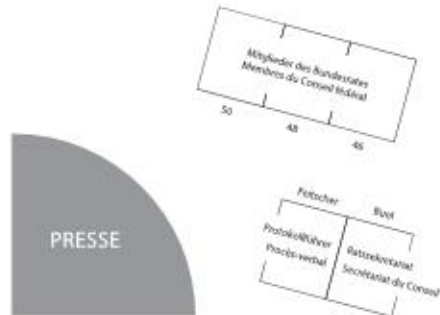
1. Vizepräsidentin (GLP)

2. Vizepräsidentin (SP)

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die SP

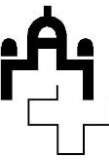


Stärke der Fraktionen im Ständerat	
Die Mitte:	15
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	3
GLP:	1



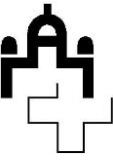
- Ersatz-Stimmzähler (Mitte)**
- Stimmzähler (FDP)**
- 2. Vizepräsidentin (SP)**
- 1. Vizepräsident (SVP)**
- Präsident (Mitte)**

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 - 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Session und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Glanzvolle Wahl von Bundespräsident Guy Parmelin und Nationalratspräsident Pierre-André Page
- 2 EU-Unterwerfungsvertrag (Paket Schweiz-EU)
- 3 Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026)
- 4 Voranschlag 2026 (25.041) und Nachtrag II zum Voranschlag 2025 (25.042)
- 5 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung (21.403)
- 6 Kriegsmaterialgesetz. Änderung (25.024; 23.403)
- 7 Neue Ausschreibung für die UKW-Funkkonzessionen ab 1. Januar 2027 (25.3950)
- 8 Ernährungsinitiative resp. «Vegan-Initiative» (25.067)
- 9 Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebieten (25.3715) und Abschuss von Problemwölfen (25.3549)
- 10 Investitionsprüfgesetz (23.086)
- 11 Feuerwerks-Initiative und indirekter Gegenentwurf (24.080; 25.402)
- 12 Diverse weitere Geschäfte



Sowohl Bundespräsident Guy Parmelin als auch Nationalratspräsident Pierre-André Page wurden mit Glanzresultaten gewählt

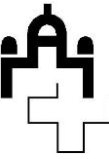


Guy Parmelin (in der Mitte) posiert nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten mit den SVP-Nationalräten Sylvain Freymond, Céline Amaudruz und Thomas Aeschi (v.l.). Bild: Keystone



Glanzvolle Wahl und Zolldeal: Parmelin triumphiert doppelt

Der Wirtschaftsminister startet mit Rückenwind in sein Präsidialjahr.



Trotz breiter Kritik am EU-Unterwerfungsvertrag hat der Bundesrat das Geschäft am 13. März 2026 ans Parlament überweisen

BILATERALE III

Jetzt macht auch noch der Bundesrat auf Populismus

Es ist mehr als nur ein Wort. Am Freitag hat der Bundesrat das neue Vertragspaket mit der EU neben seinem sperrigen Titel zusätzlich als «Bilaterale III» etikettiert. Dahinter steckt Kalkül: Die Namen «Bilaterale I» und «Bilaterale II» sind positiv besetzt, sie stehen für Wachstum und Rechtssicherheit und wurden deutlich angenommen. Die neuen Verträge aber gehen weiter; die EU drängt seit Jahren auf eine institutionell verbindlichere Form der Zusammenarbeit und hält den bisherigen bilateralen Weg für unzureichend.

Der Bundesrat treibt mit dem neuen Namen Politmarketing – eine Technik, die sonst vor allem Parteien anwenden: Die Jusos sprach bei der letzten Abstimmung von einer «Zukunftsinitiative»; Gegner von einer «Enteignungsinitiative»; die SVP nennt ihre Vorlage zur 10-Millionen-Schweiz «Nachhaltigkeitsinitiative»; Kritiker reden von einer «Abschottungsinitiative». Solches Framing ist für Politikern normal. Parteien kämpfen damit um die Deutungshoheit, erzeugen Bilder und Emotionen. Für die Regierung jedoch gilt ein anderer Massstab. Sie muss Populismus meiden, will sie glaubwürdig bleiben.

René Donzé



Informieren über die «Bilateralen III»: Aussenminister Ignazio Cassis und Staatssekretärin Helene Budiger Artleda

Über 300 Reaktionen zum EU-Paket, die Mehrheit pro Vernehmlassung

Der Bundesrat hat diverse Punkte der neuen EU-Verträge zu reden gibt ein Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

bei der Frage «keinen Spielraum». Er sagt: «Wenn die Arbeitgeber, die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien dieser kleinen Verbesserung nicht zustimmen können, dann halten sie den Erhalt der bilateralen Verträge offenbar nicht für so wichtig, wie sie immer behaupten.»

noch plant der Bundesrat in diversen Bereichen Anpassungen, weil etwa Parteien oder Kantone Klarstellungen forderten oder Kritik an einzelnen Punkten angemeldet haben. Die Übersicht: – **Dynamische Rechtsübernahme:** Das Parlament soll rechtzeitig erfahren, welche neuen Regulierungen bei der EU unterzogen sind, um sich dort in die Beratungen einbringen zu können. Dazu sollen auch alle relevanten Dokumente veröffentlicht werden.

Staatssekretärin Budiger ruft die

Hilft die Umbenennung, den EU-Deal dem Volk schmackhaft zu machen? Jetzt spricht der Bundesrat offiziell von den Bilateralen III

Das Jahr 2026 wirt schon im Dezember seine Schattenseiten voraus. Im kommenden Jahr wird das Parlament über den EU-Deal entscheiden. Gestern Freitag trat Aussenminister Ignazio Cassis (64, FDP) vor die Medien. Der Bundesrat hatte die Vernehmlassung um ihre Meinung zum EU-Deal gebeten. Diese seien mehrheitlich positiv gewesen, so der Bundesrat. Eine Mehrheit befürwortete den Deal. Dennoch will er Anpassungen machen. Das sind die fünf wichtigsten Punkte: Beim Lohnschutz gibt es Krach. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten 13 Massnahmen vereinbart, um den Lohnschutz zu stärken. Der Bundesrat hatte noch eine 14. Massnahme hinzugefügt, um den Gewerkschaften entgegenzukommen. Doch in der Vernehmlassung fiel dieser Punkt durch, der Bundesrat will ihn aber trotzdem drin haben. Staatssekretärin Helene Budiger Artleda (60) muss nun einen Kompromiss finden. Bei der Schutzklausel, mit der die Schweiz die Zuwanderung vorübergehend einschränken kann, sollen die Kantone stärker einbezogen werden. Denn die Schutzmassnahmen können regional unterschiedlich sein. Unis und Fachhochschulen gebe es keine Änderungen



Aussenminister Ignazio Cassis gab Auskunft zu den Plänen rund um den EU-Deal

Schweiz
Neue Zürcher Zeitung

Samstag, 6. Dezember 2025

Kampf um Lohnschutz spitzt sich zu

Nach der Vernehmlassung zu den EU-Verträgen zieht der Bundesrat eine positive Bilanz – mit Abstrichen

FABIAN SCHÄFER, BERLIN; MATTHIAS VENETZ, BERN

Kampffestung treibt Aussenminister Ignazio Cassis sein wichtiges Projekt voran: die neuen Abkommen mit der EU, die im bilateralen Verhältnis wieder für gerechte Beziehungen sorgen sollen. Nach der Bundesratsitzung vom Freitag hat Cassis gemeinsam mit den beteiligten Staatssekretären und Amtschefs das weitere Vorgehen erklärt. Die wichtigsten Punkte:

Lohnschutz: Gelingt ein Deal mit den Gewerkschaften?
In den vergangenen Wochen stand das Thema Lohnschutz im Schatten der Debatten über die Zuwanderung und die grundsätzlichen Fragen rund um die Rechtsübernahme. Das dürfte sich bald ändern. Denn der vermeintliche Scheitern mit den Gewerkschaften, die lange mit Widerstand gestohlt hatten, ist in der Schweiz. Sie hatten sich unter Vermittlung des Bundes mit den Arbeitgebern auf einen Kompromiss geeinigt. Der 13 Massnahmen umfasst. Die Gewerkschaften verlangen aber zusätzlich eine 14. Massnahme, die die Wirtschaft ablehnt: einen Ausbau des Kündigungsschutzes von Arbeitnehmervertretern. In der Vernehmlassung sprach sich eine Mehrheit gegen diesen Vorschlag aus. Trotzdem hält der Bundesrat daran fest, weil er «unentbehrlich» ist.

Jetzt gilt es, das Volk zu überzeugen
Korrespondent auf Seite 22

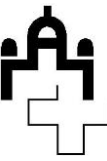


Trotz Annäherung wird es noch etwas dauern, bis sich die Schweiz und die EU ganz einig sind.

Stromabkommen: Sind die Konzessionsrechte sicher?
Der Druck auf das Stromabkommen kommt vielen Seiten. Die SVP und Teile der Gewerkschaften können es ab, aber auch die Mitte-Partei und die Gebirgskantone haben Vorbehalte. Sie bezogen sich in der Vernehmlassung vor allem auf die Rechte von Kantonen und Gemeinden.

Stromabkommen: Sind die Konzessionsrechte sicher?
Der Druck auf das Stromabkommen kommt vielen Seiten. Die SVP und Teile der Gewerkschaften können es ab, aber auch die Mitte-Partei und die Gebirgskantone haben Vorbehalte. Sie bezogen sich in der Vernehmlassung vor allem auf die Rechte von Kantonen und Gemeinden.

stelt. Gegner blende, weil sie halt später ausen, wenn die Nachbesser bei der Schutz genden Proble schwindigkeit lauben soll. Ni Mitgründe be nahmen einde derat alle in der Aktivieru oder Auf Sozialhilfe Staatsämtern
Rechtsüber ment genig
Es war und We wird nahme im für Ärger in der Allianz für das Schweiz k neue EU-Vertragspaket. Der Bundesrat hält an dieser Massnahme regelt wer als Bestandteil des Lohnschut weite drei Zes für inländische Arbeitskräfte
Der Bu fest, wie er gestern entschieden laient) Punkt könnte das Vertragspaket gefährden.
Entschei ximale Transparenz Alle Dokumenten e geplanten Rechtsänderungen der EU, die für die Schweiz relevant sein könen, sollen veröffentlicht werden. Die EU will die Schweiz neu bei der Erarbeitung von Regeln anhören. Auch hier gelobt der Bundesrat, Parlament und Kantone einzubeziehen.
Weitere Änderungen betreffen Fragen von Staatsbüchlein bis zur Finanzierung



Wichtige Entscheide im EU-Dossier: Das «Paket Schweiz-EU» wird im ordentlichen Verfahren beraten

EU-Turbos von FDP und Links-Grün wollten diesen Knebelvertrag, der die Unabhängigkeit des Landes, die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus missachtet, im Rekordtempo durchs Parlament peitschen, damit eine allfällige Volksabstimmung zwingend noch vor den eidg. Wahlen vom 24. Oktober 2027 stattfindet. Dieser Plan ist vorderhand gescheitert.

Erstrat und Aufteilung Paket:

- Das gesamte Vertragspaket wird dem Ständerat als Erstrat zur Beratung zugewiesen. Auf eine Aufteilung des Pakets wird verzichtet.

Zeitplan:

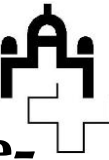
- Eine maximale Dauer für die Kommissionsberatungen wird nicht festgelegt.

Beratung des «institutionellen Teils»:

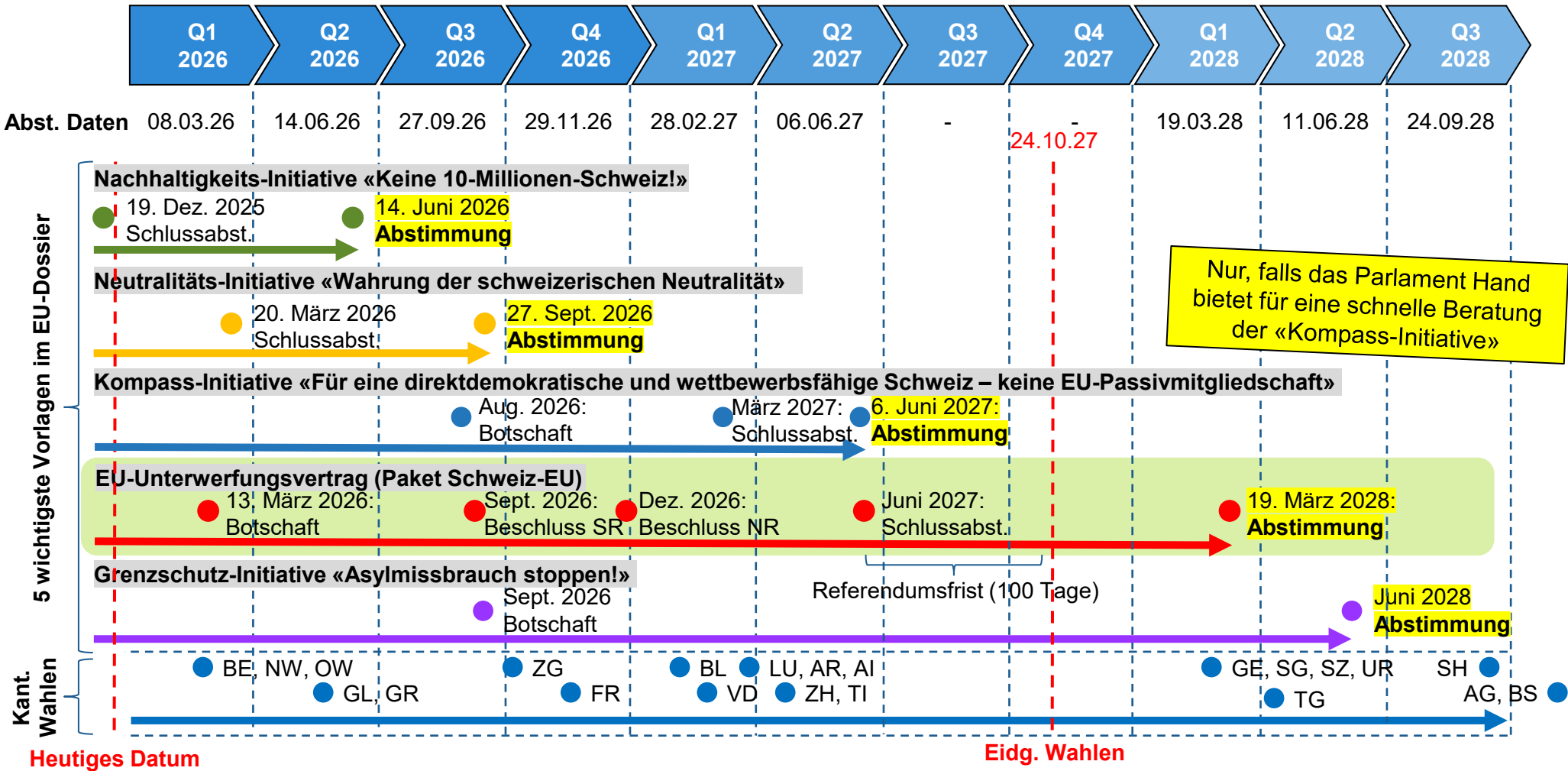
- Die Federführung für den «institutionellen Teil» obliegt der Aussenpolitischen Kommission (**APK**).
- Folgende Sachbereichskommissionen haben eine weitergehende Rolle: Staatspolitische Kommission (**SPK**): Referendumsfrage, Personenfreizügigkeit/Zuwanderung, Schutzklausel, Änderung Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG); Kommission für Wirtschaft und Abgaben (**WAK**): Beihilfeüberwachungsgesetz (BHÜG) und Änderung Entsendgesetz (Lohnschutz); Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (**WBK**): Anerkennung von Berufsqualifikationen (BGVB); Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (**KVF**): Landverkehrsabkommen und Luftverkehrsabkommen.
- Einzelanträge von Fraktionen oder einzelnen Ratsmitgliedern sind immer zugelassen.

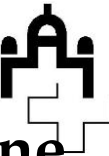
Beratung der «neuen» Abkommen:

- Die drei neuen Abkommen werden den Sachbereichskommissionen zugeteilt, d.h. das **Stromabkommen** wird durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (**UREK**) beraten, das **Gesundheitsabkommen** wird durch die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (**SGK**) beraten und das **Lebensmittelsicherheitsabkommen** wird durch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (**WBK**) beraten.



Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen





Sowohl Nationalrat als auch Ständerat lehnen die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab: Am 14. Juni 2026 entscheidet das Volk

Nachhaltigkeits-Initiative

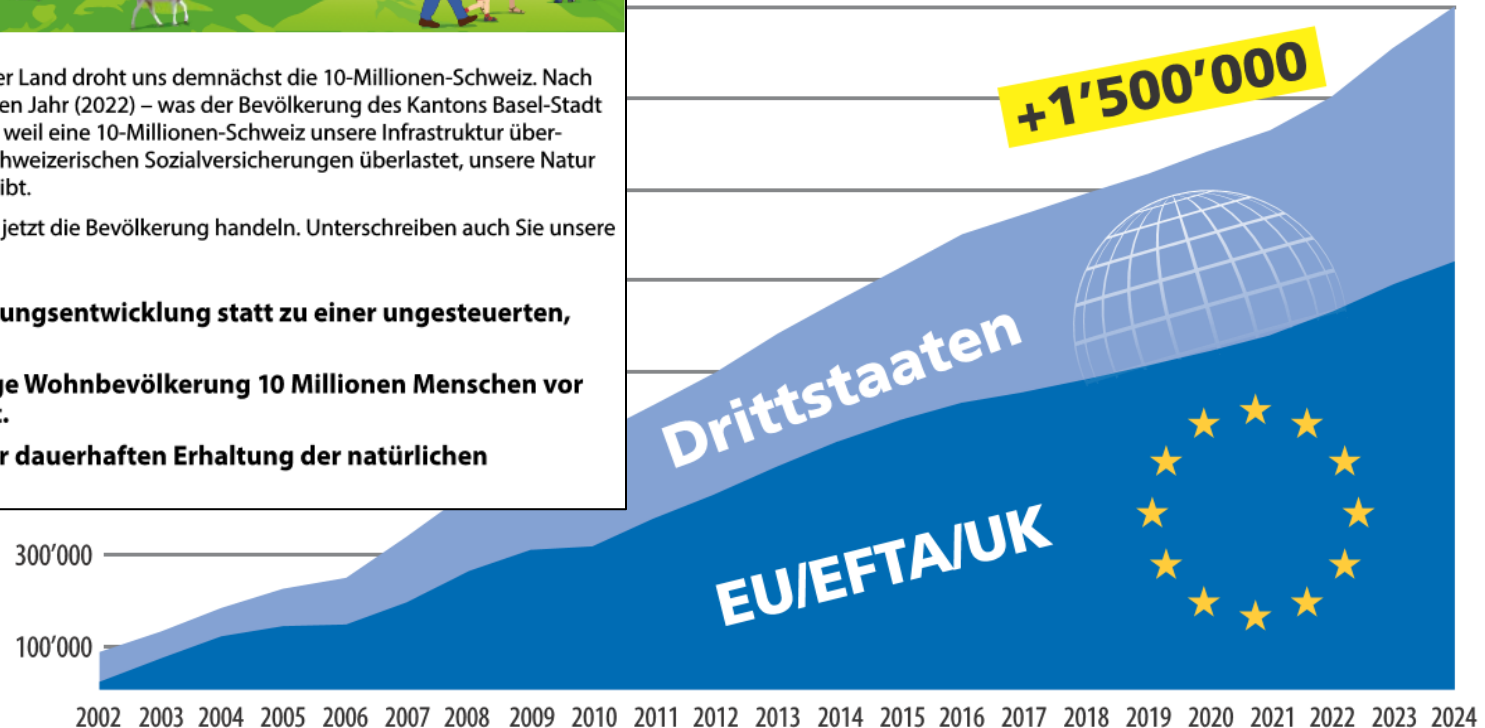
Keine 10-Millionen-Schweiz!

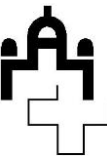


Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

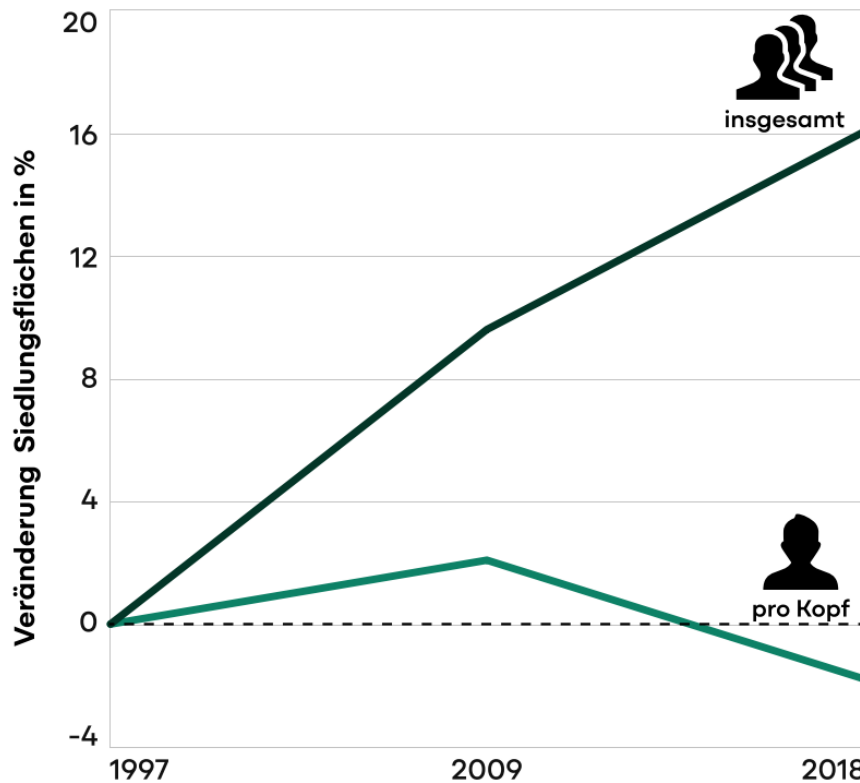
- ✓ **JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung.**
- ✓ **JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.**
- ✓ **JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.**





Siedlungsflächen

facts⁴
FUTURE



Seit 1997 bis 2018*:

2% Abnahme pro Kopf
und
16% Zunahme insgesamt

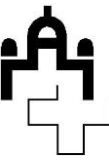
*Daten nur für Jahre 1997, 2009 und 2018

Zunahme um insgesamt 16% trotz 2% Abnahme pro Kopf

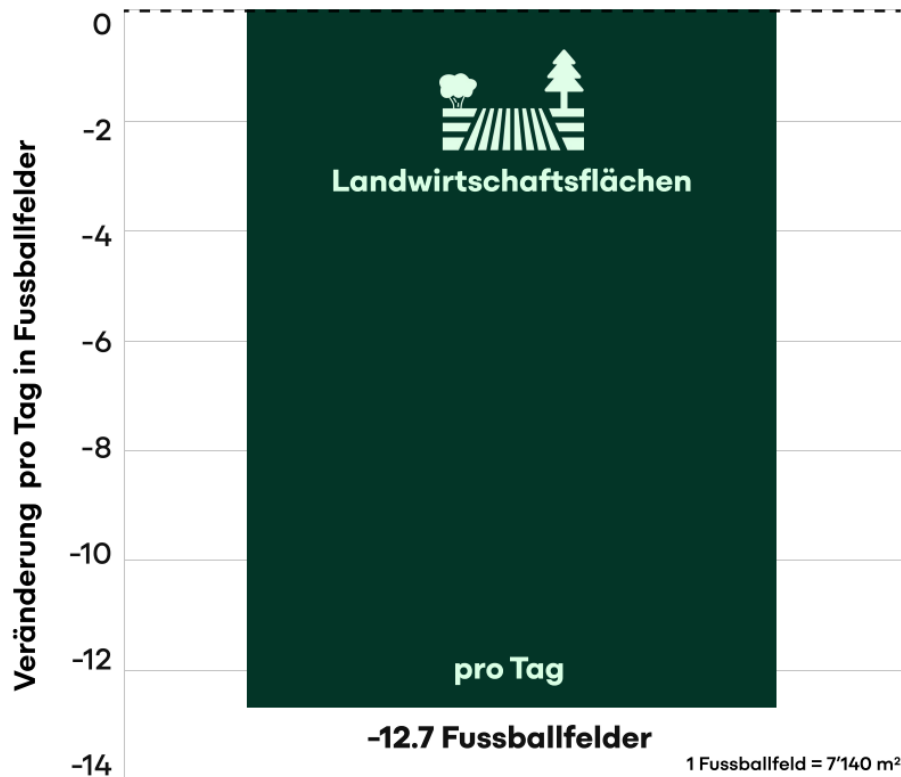
Quelle für Zahlenmaterial: BFS, Arealstatistiken (ESPOP/STATPOP)

CC BY-ND 4.0





Abnahme Landwirtschaftsflächen



Von 2009 bis 2018*:

Abnahme
Landwirtschaftsflächen:

1x
Fläche Kanton
Schaffhausen



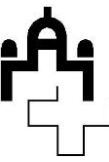
*Daten nur für Jahre 1997, 2009 und 2018 verfügbar

Abnahme um fast
13 Fussballfelder pro Tag

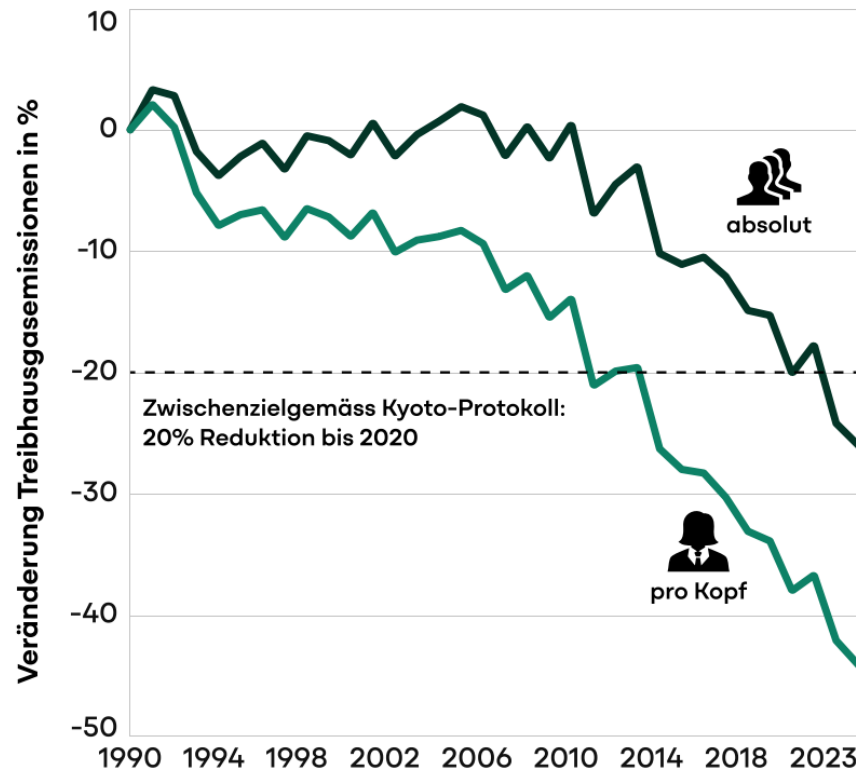
Quelle für Zahlenmaterial: BFS, Arealstatistik 2018

CC BY-ND 4.0





Treibhausgasemissionen



Von 1990* bis 2023:



26 % Reduktion
absolut

und

44 % Reduktion
pro Kopf



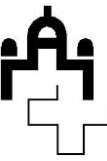
*Reduktionsziele sind gegenüber 1990 gesetzt

**Klimaziele pro Kopf betrachtet
deutlich erreicht**

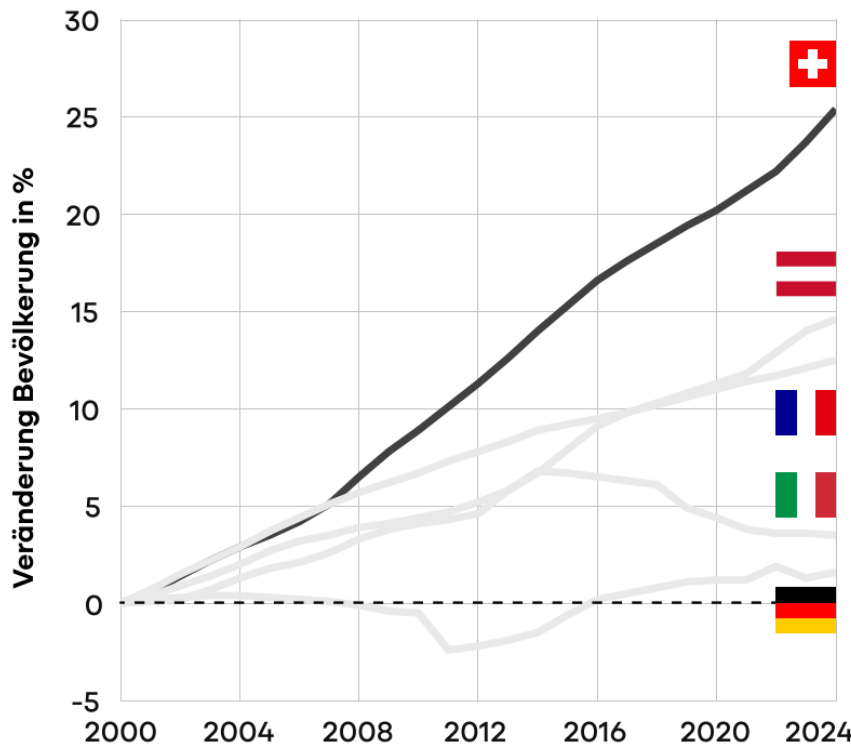
Quelle für Zahlenmaterial: OFEV, Chiffres clés de l'évolution des gaz à effet de serre en Suisse

CC BY-ND 4.0










Bevölkerungswachstum in Nachbarländern



Bevölkerungswachstum

2000-2024, gemäss Weltbank-Daten (UNO)

 CH	+25.4 %
 AT	+14.6 %
 FR	+12.5 %
 IT	+3.5 %
 DE	+1.6 %

16-mal schneller als in Deutschland

Quelle für Zahlenmaterial: World Bank (SP.POPT.TOTL, diverse Quellen)

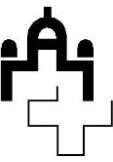
CC BY-ND 4.0



**MEIN ESSEN,
MEINE WAHL.**

**NEIN ZUM VEGAN-
ZWANG!**





Nein zur Ernährungsinitiative

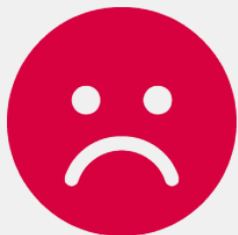
Die drei wichtigsten Gründe gegen die Ernährungsinitiative:



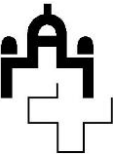
Einschränkung der Konsumfreiheit



Höhere Lebensmittelpreise



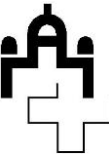
Mehr Einkaufstourismus



**MEIN ESSEN,
MEINE WAHL.**

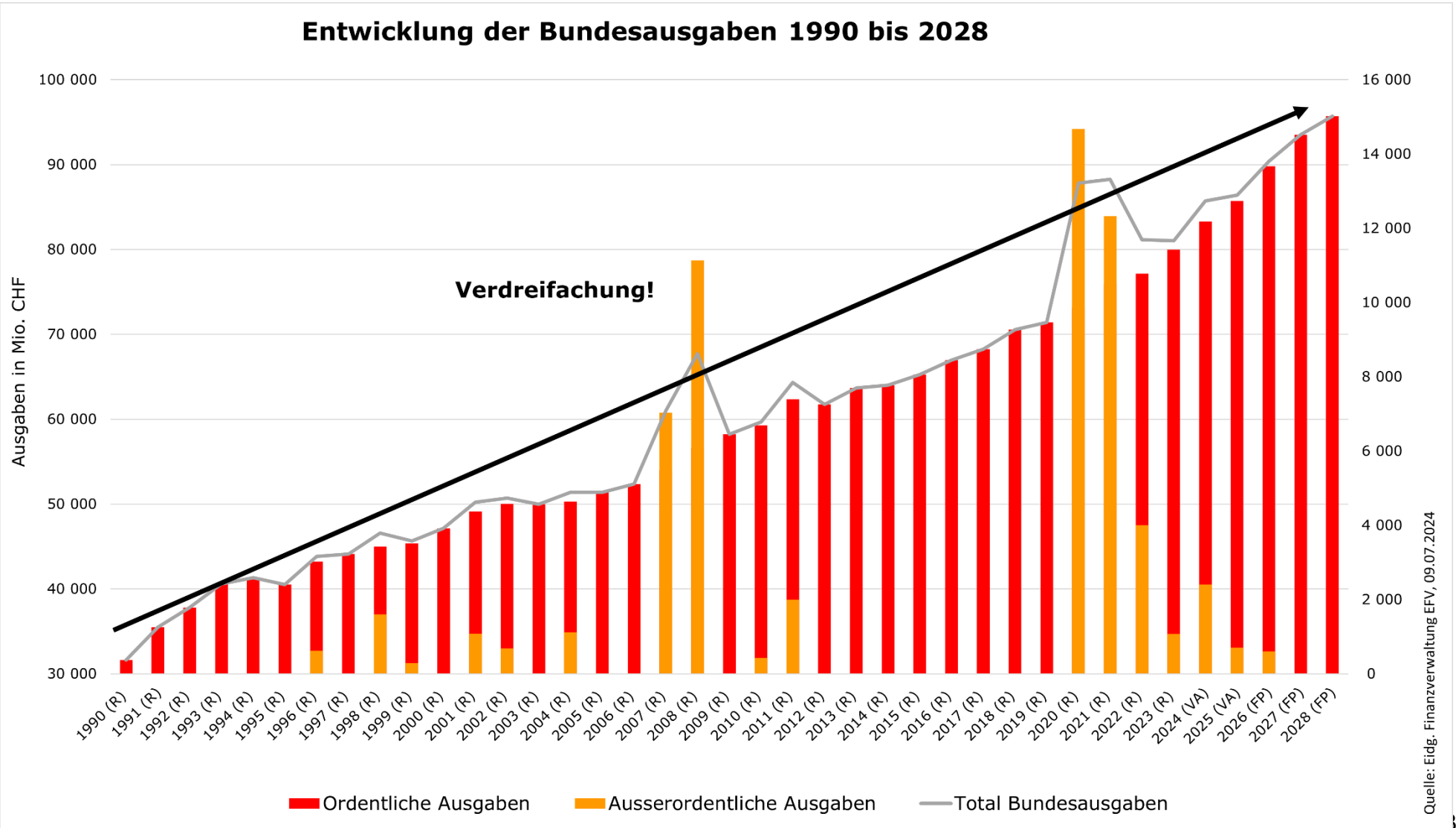


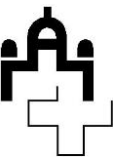
**NEIN ZUM VEGAN-
ZWANG!**



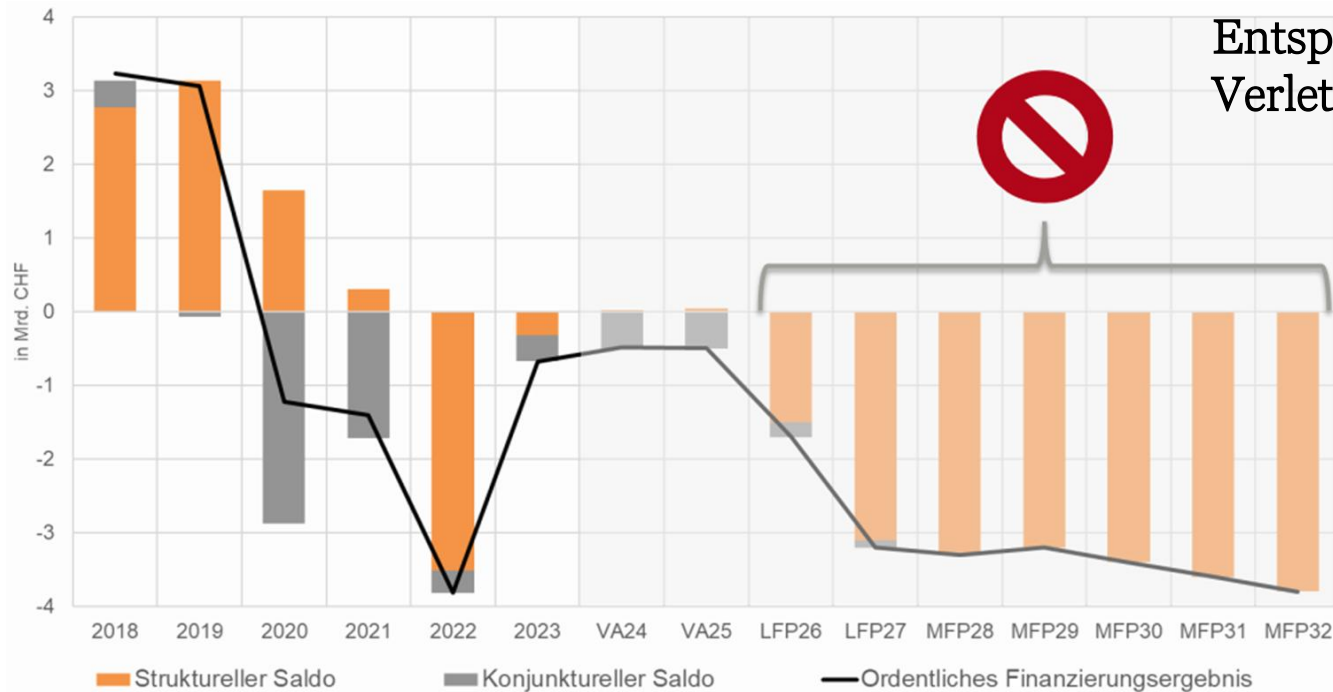
Die Ausgaben des Staates haben sich seit dem Jahr 1990 fast verdreifacht

Entwicklung der Bundesausgaben 1990 bis 2028





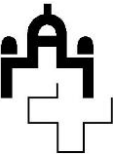
Bereits der ordentliche Bundeshaushalt schreibt hohe Defizite – dazu kommen ausserordentliche Ausgaben in Milliardenhöhe



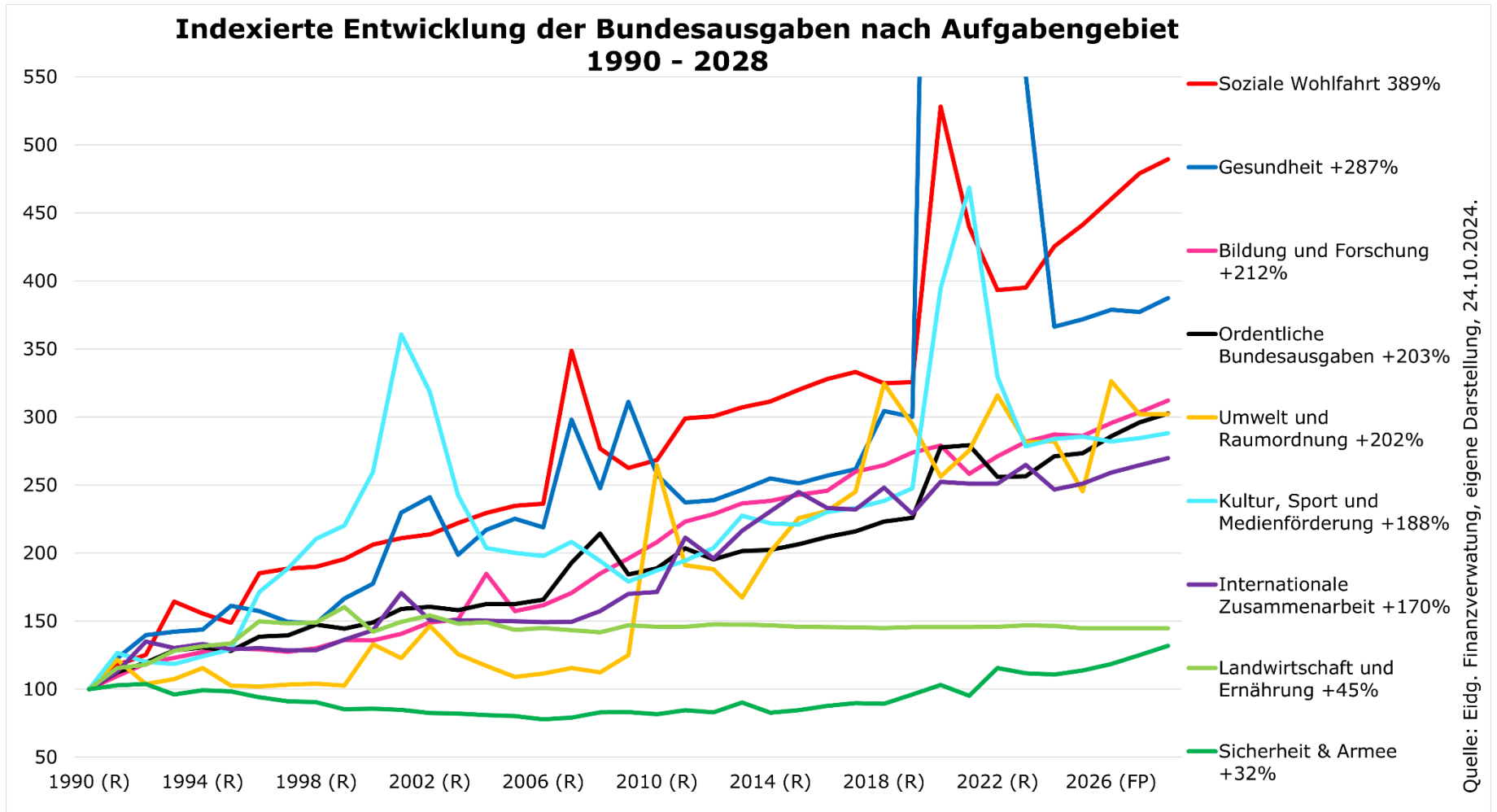
Entsprechend droht ab 2027 die Verletzung der Schuldenbremse!

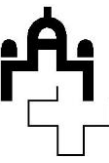


Quelle: EFV (Stand: LFP 2025-2027 24.1.24, finanzpolitische Standortbestimmung 14.2.24)

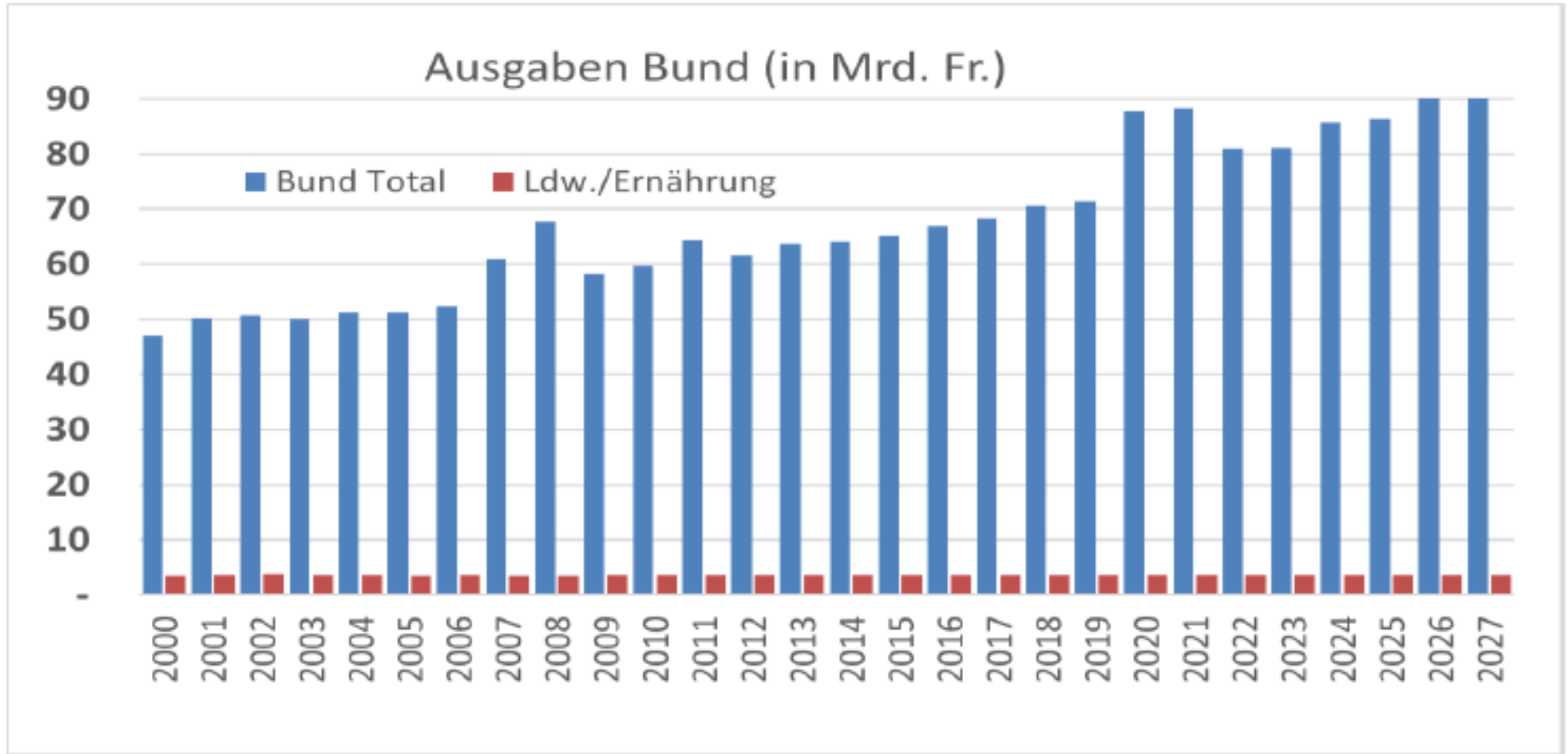


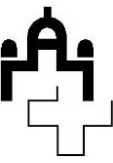
Insbesondere die Ausgaben für soz. Wohlfahrt, Gesundheit, Bildung & Forschung und Umwelt haben sich mehr als verdoppelt



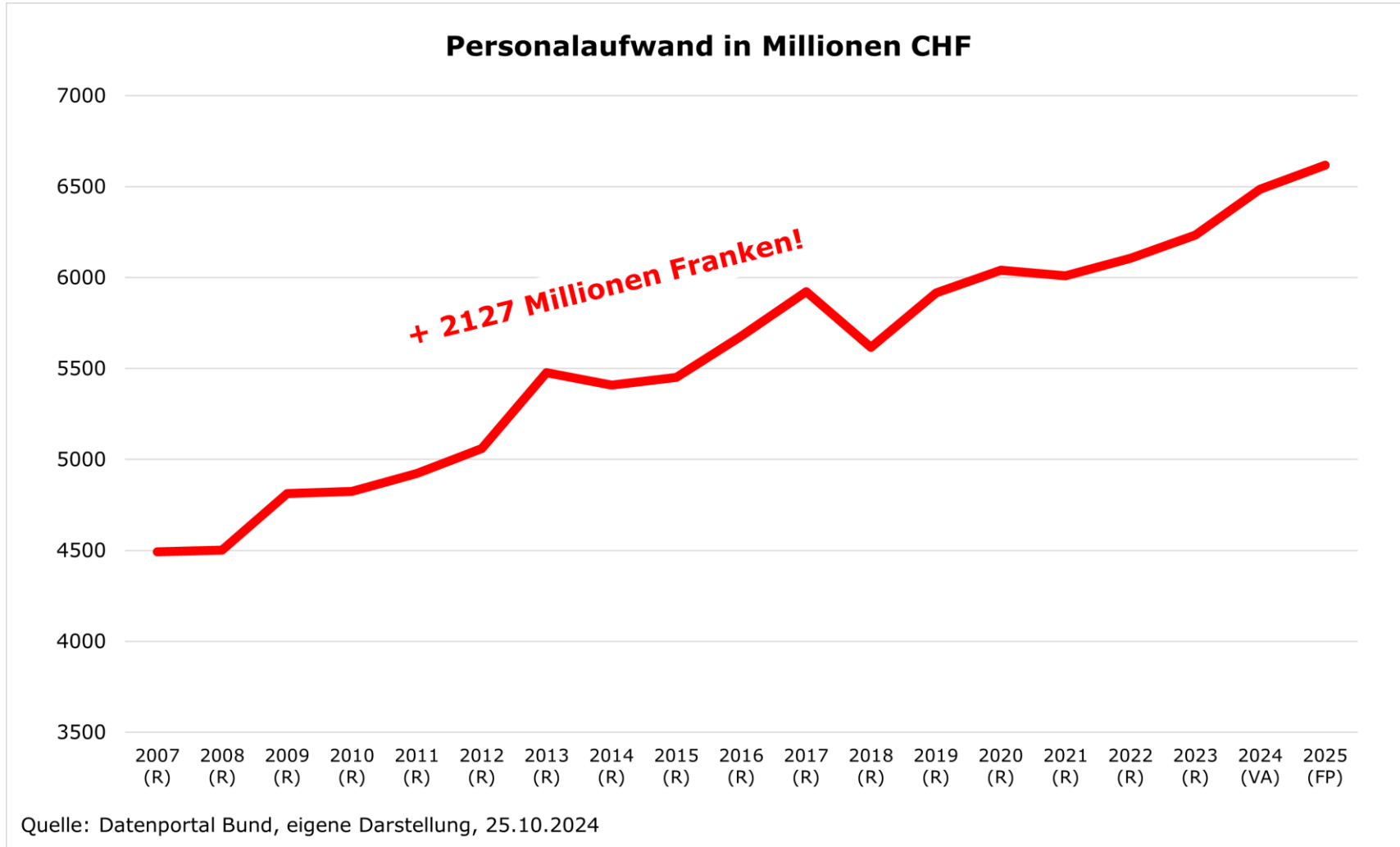


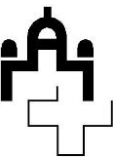
Landwirtschaft trägt nicht zum Ausgabenwachstum bei



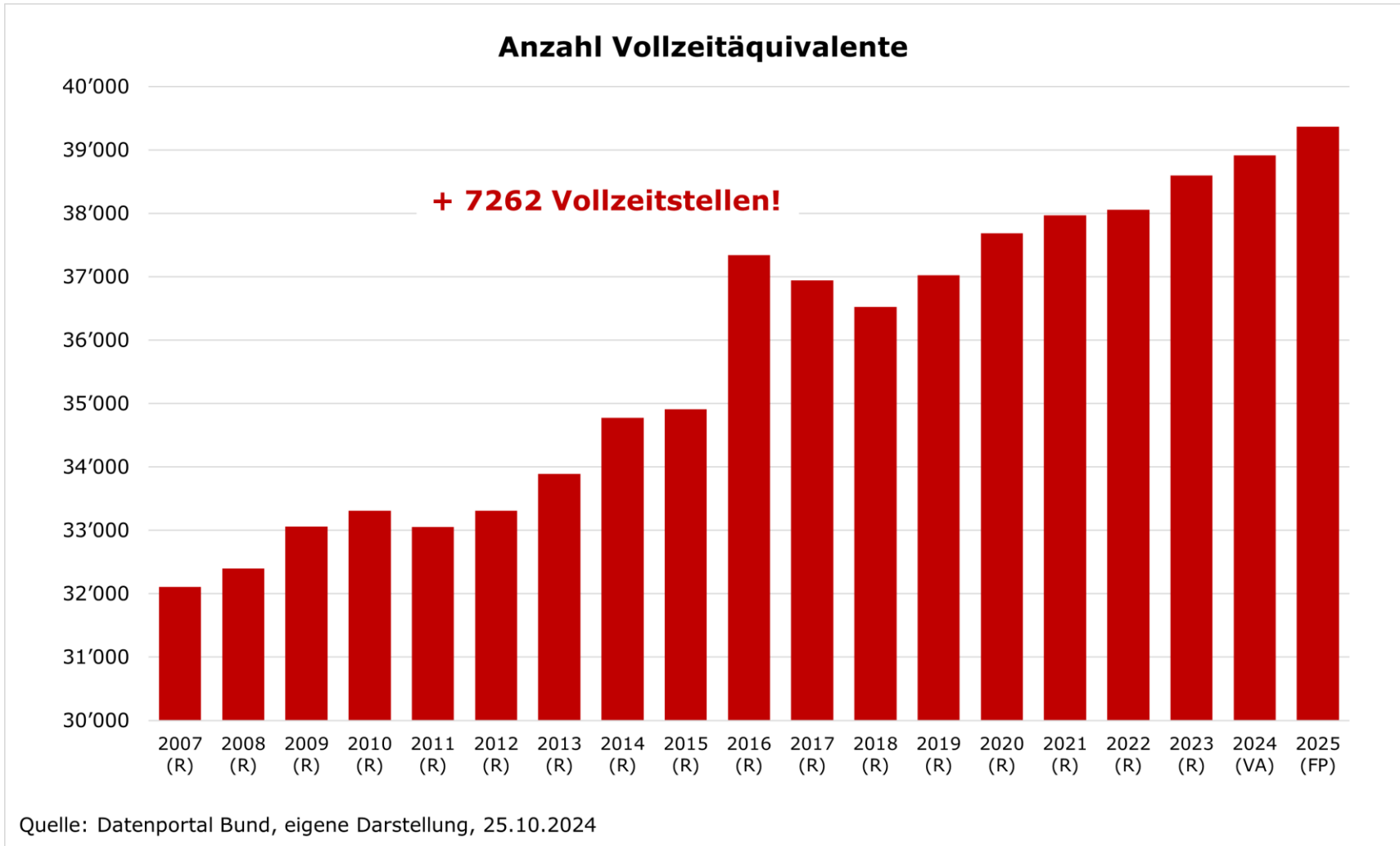


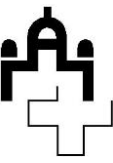
Der Personalaufwand ist seit 2008 um 2,1 Milliarden Franken angestiegen



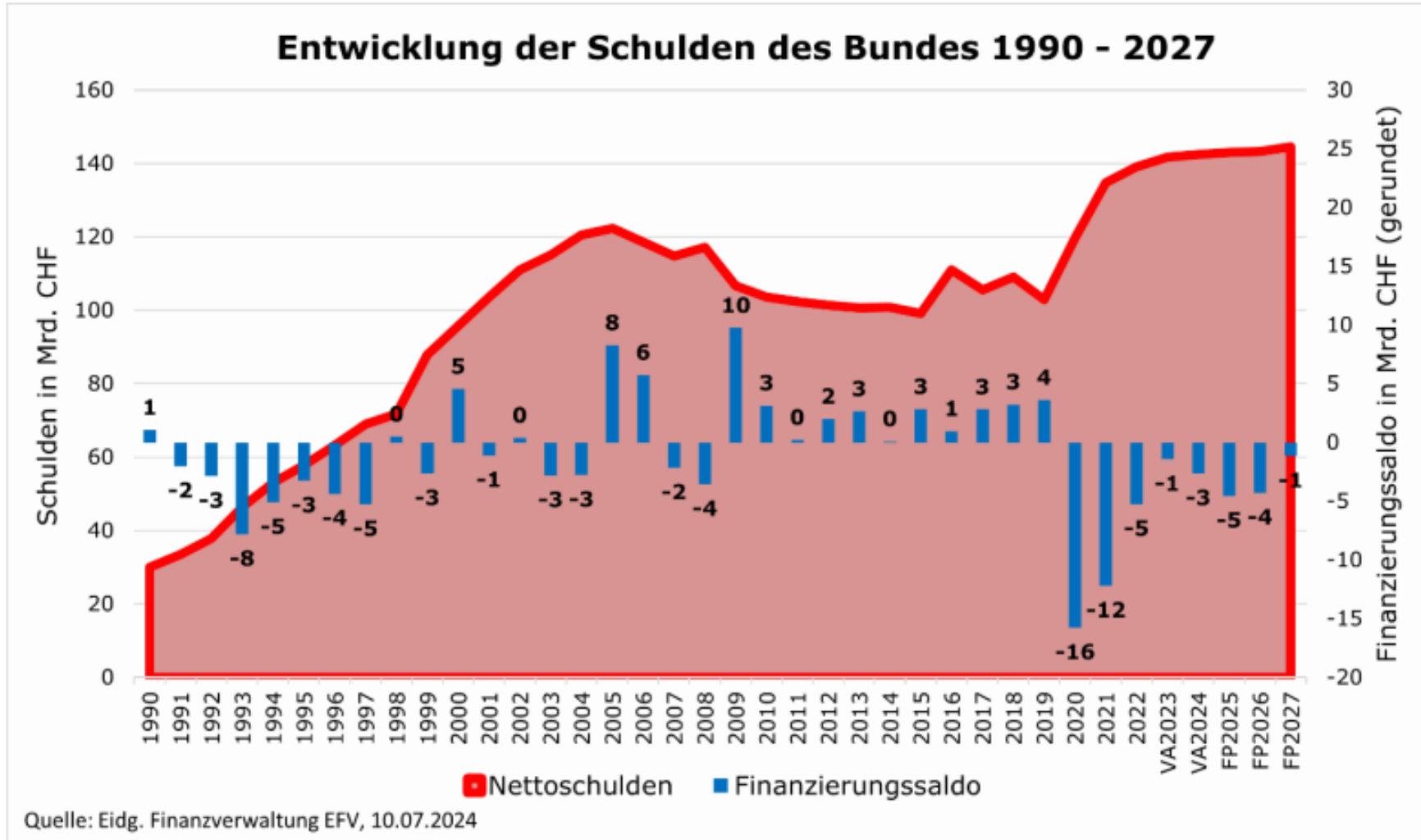


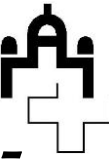
In der gleichen Periode wurden mehr als siebentausend Vollzeitstellen geschaffen





Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile wieder bei mehr als 140 Milliarden Franken





Obwohl für 2026 lediglich ein Wirtschaftswachstum von 1,26 Prozent vorhergesagt wird, wächst der Staat um mehr als 4 Prozent!

	2024 Rechnung	2025 Budget	2026 Budget (Bundesrat)	2026 Budget (Parlament/final)
Ausgaben Bund Mio. CHF (in %)	84'297	86'516 +2,63%	90'339 +4,42%	91'116 +5,32%
BIP-Wachstum Real-BIP pro Kopf, CHF (in %)	94'400	95'300 (Prognose) +0,95%	96'500 (Prognose) +1,26%	
FTE Bund (in %)	38'962	39'075 +0,29%	39'453 +0,97%	

In der Schweiz wächst nur noch der Staat

Über dem Arbeitsmarkt ziehen dunkle Wolken auf. Doch staatsnahe Betriebe wie etwa Spitäler bauen aus.

Florence Vuichard
 Eine Entlassungsmeldung jagt derzeit die nächste. Industriebetriebe, Pharmakonzerne, Versicherungen, Reisebüros: Sie alle wollen ihren Personalbestand – teils massiv – reduzieren. Grund dafür ist die schwächelnde Konjunktur, allen voran in Deutschland, dem traditionell wichtigsten Handelspartner der Schweiz. «Europas Schwäche ist für die Schweizer Unternehmen viel schlimmer als Donald Trumps Zollhammer», sagt UBS-Chefökonom Daniel Kalt.
 Unter dem Strich nimmt die Beschäftigung jedoch weiterhin zu – trotz des Stellenabbaus in der Privatwirtschaft. Denn dieser werde überkompensiert durch den Aufbau beim Staat sowie bei den parastaatlichen Institutionen, erklärt Kalt. Sein Fazit: «In der Schweiz wächst fast nur noch der Staat.» Besonders gross ist der Zuwachs im Gesundheits- und Sozialwesen. Dort entstanden zwischen dem dritten Quartal 2024 und dem dritten Quartal 2025 weit über 10'000 neue Vollzeitstellen. Auch in der öffentlichen Verwaltung gibt es gemäss Bundesamt für Statistik einen Aufbau von mehreren Tausend Stellen. Am anderen Ende steht die Industrie: Sie hat in-ner eines Jahres rund 10'000 Vollzeitstellen abgebaut.

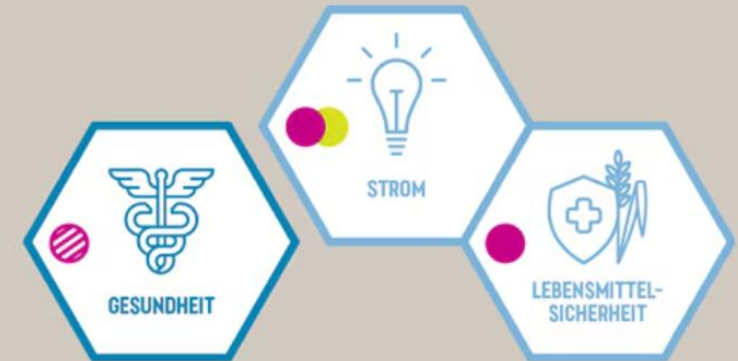
- Betrug das Budget für das Jahr 2025 noch 86'516 Milliarden Franken, wurde für das Jahr 2026 ein Budget von 91,1 Milliarden Franken verabschiedet, was einem Wachstum von +5,32% entspricht. Gleichzeitig wird für das Wirtschaftswachstum lediglich ein Wert von +1,26% vorhergesagt.
- Die SVP fordert ein umfassendes Entlastungspaket 2027;
- signifikante Ausgabenreduktionen bei Asyl, Entwicklungshilfe und Personal;
- die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene; sowie
- Stopp des staatlichen Raubzugs auf das Portemonnaie der Bürger!

Worum geht es beim Unterwerfungsvertrag?

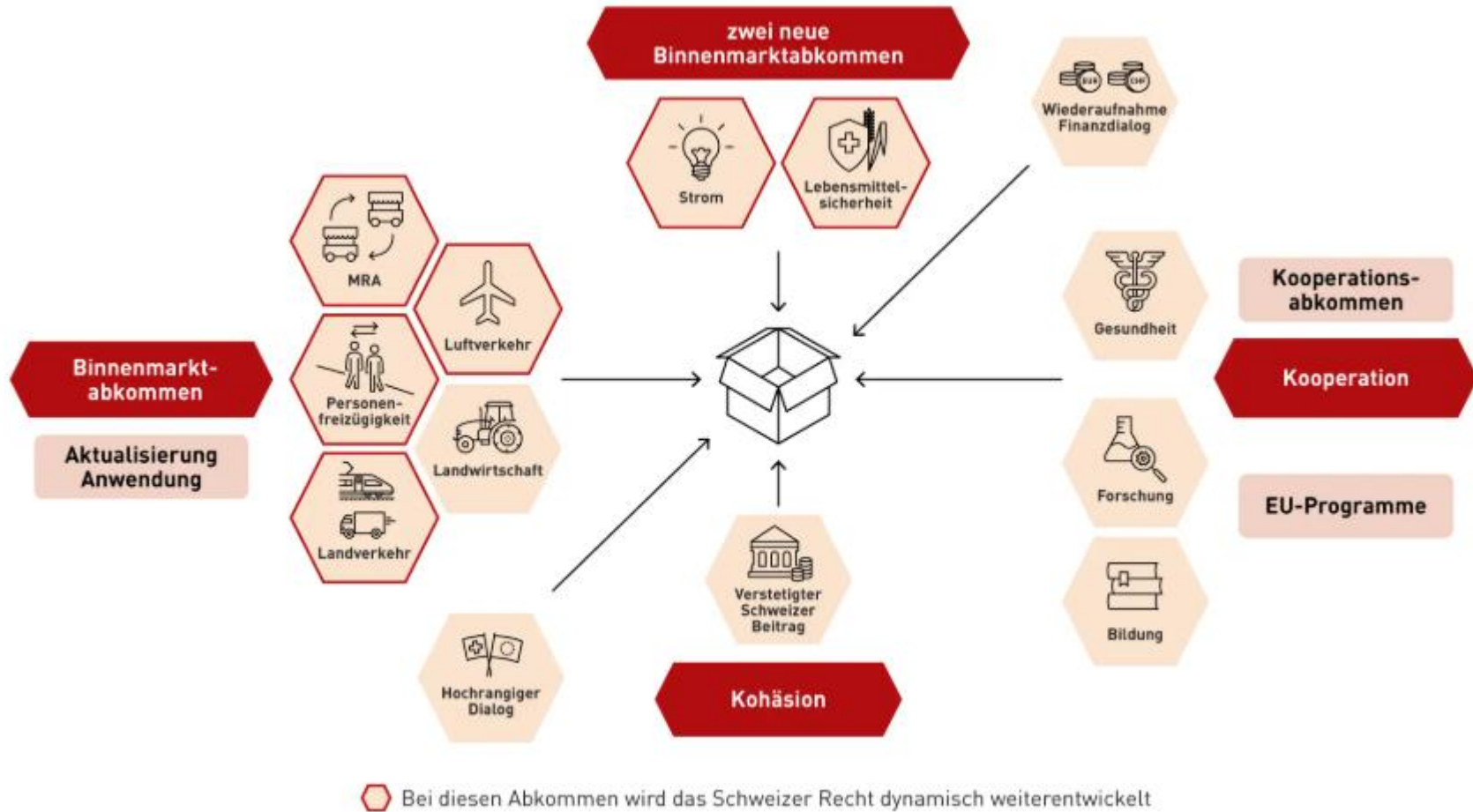
STABILISIERUNG



WEITERENTWICKLUNG

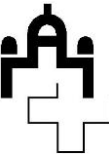


Worum geht es beim Unterwerfungsvertrag?



Worum geht es beim Unterwerfungsvertrag?



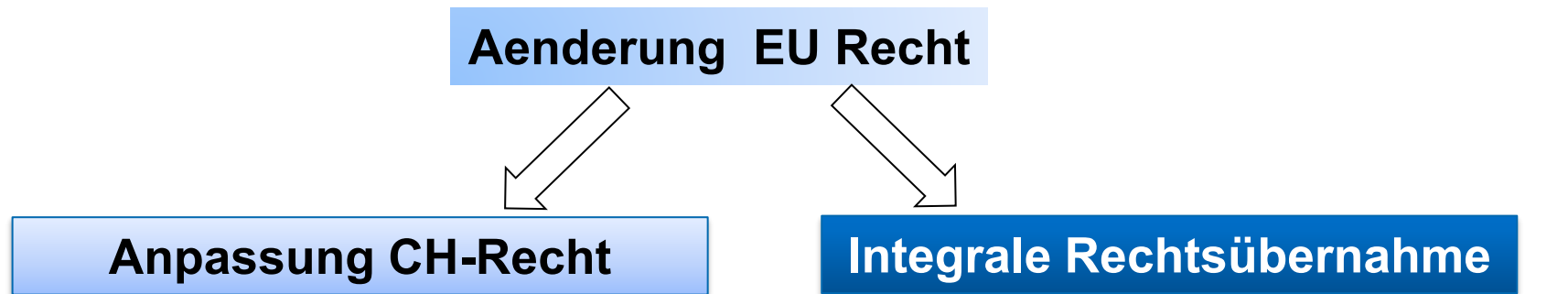


Wozu verpflichtet sich die Schweiz?

«Institutionelle Übernahme»

- **2'228 Seiten Vertragspaket**
- **20'897 Seiten sekundäre Erlasse (17'968 EU, 2'929 CH)**
- **Alle EU-Tertiärerlasse, Kommissionentscheide, Entscheide EuGH**
- **Automatische Übernahme des EU-Rechts. Heute und in Zukunft.**
- **Jeder alte und neue Erlass gilt als «Völkerrecht» und steht über CH-Recht (Praxis Bundesgericht)**
 - ➔ **«Ausnahmen»/Abweichungen sind nicht gesichert!**

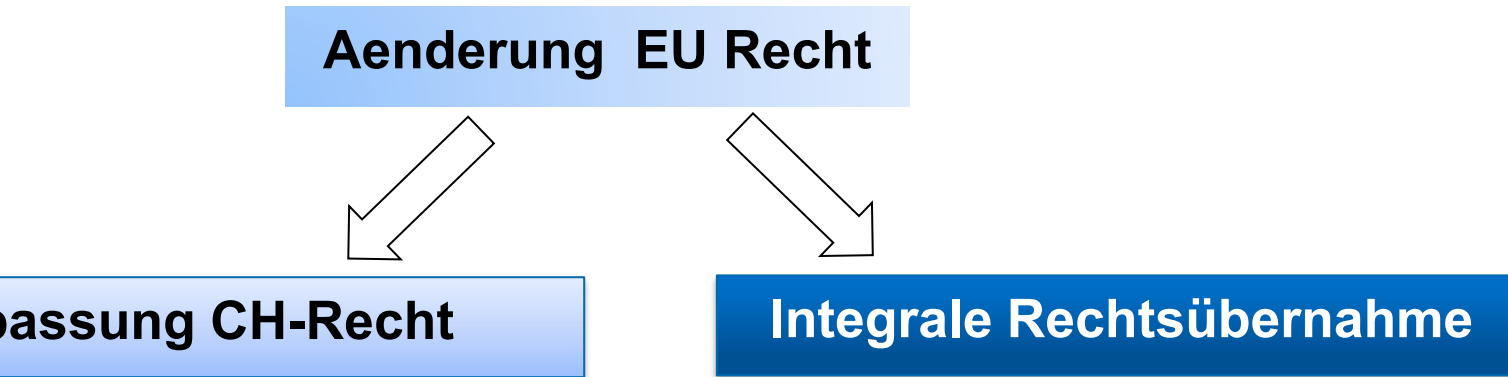
Zwei Wege zur Rechtsübernahme



- Vernehmlassung
- Parlamentarische Debatte
- Ev. Referendum

- EU – Recht gilt direkt
(lediglich Verweis in CH-Recht)
- Aenderungen im EU-Recht werden automatisch (integral) übernommen
- Nur Gemischter Ausschuss könnte intervenieren
- ~~Vernehmlassung~~
- ~~Ev. Referendum~~

Zwei Wege zur Rechtsübernahme

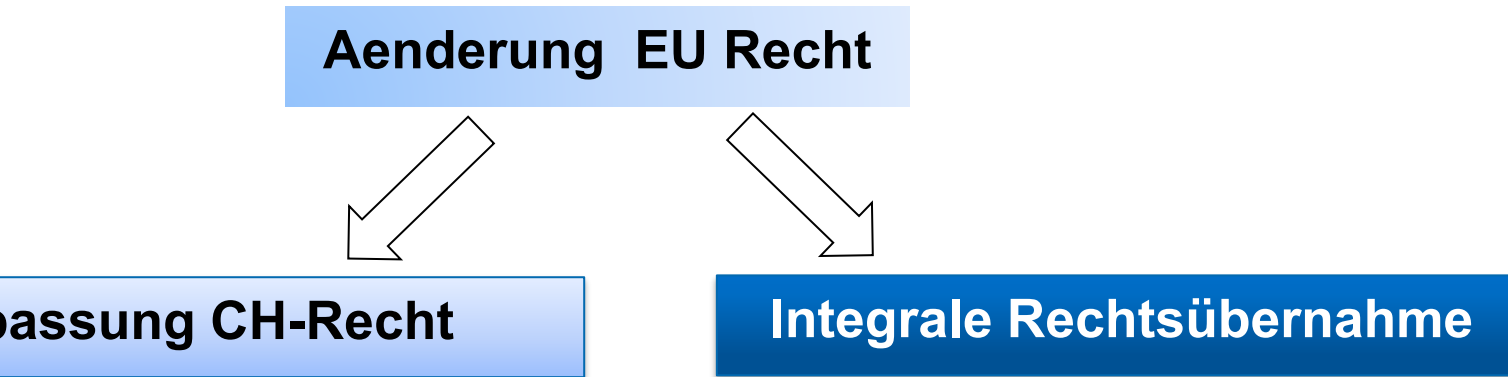


Art. 3 Verhältnis zum Protokoll zur Lebensmittelsicherheit

Dieses Gesetz gilt, soweit nicht die im Protokoll zur Lebensmittelsicherheit aufgeführten EU-Rechtsakte zur Anwendung kommen, insbesondere die folgenden EU-Rechtsakte betreffend die nachstehenden Regelungsgegenstände:

- a. Verordnung (EU) 2017/625⁹: Amtliche Kontrollen;
- b. Verordnung (EG) Nr. 178/2002¹⁰: Allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts;
- c. Verordnung (EG) Nr. 1935/2004¹¹: Anforderungen an Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen.

Zwei Wege zur Rechtsübernahme

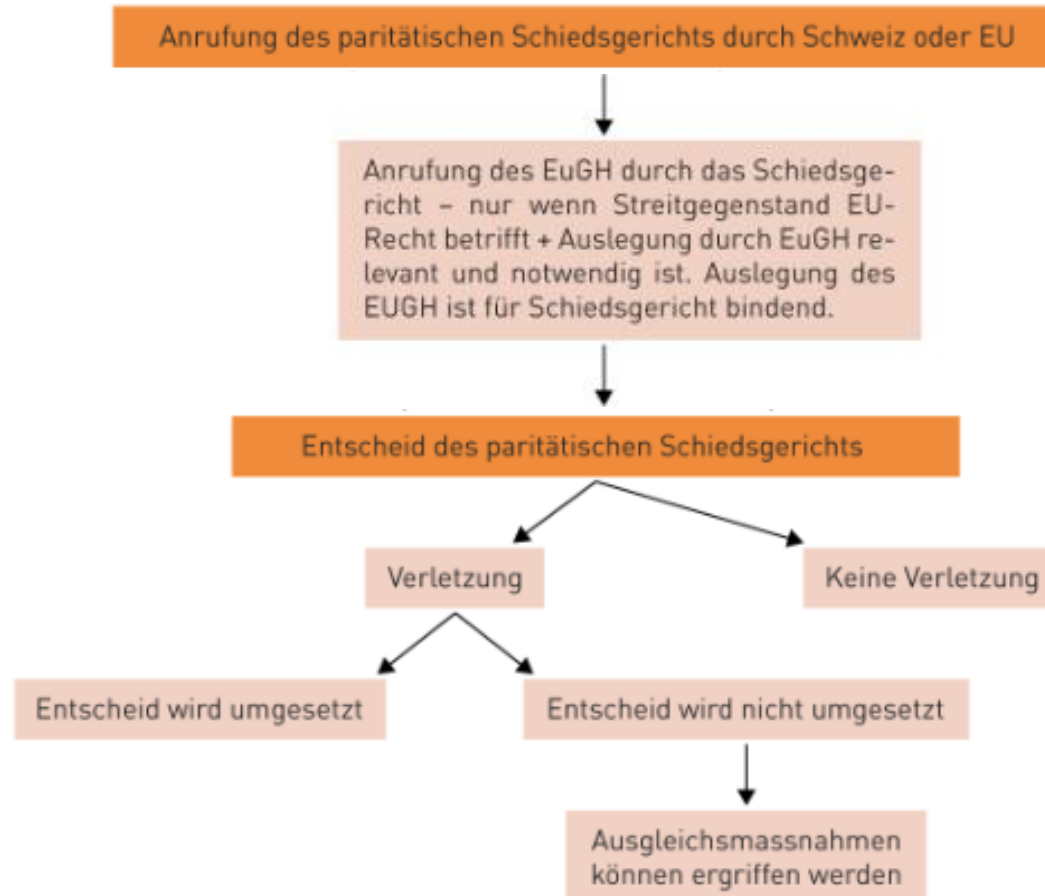


Art. 43 Schlachtier- und Fleischuntersuchung

¹ Die Schlachtier- und Fleischuntersuchung wird durch die amtliche Tierärztin oder den amtlichen Tierarzt oder unter deren Aufsicht durch die amtliche Fachassistentin oder durch den amtlichen Fachassistenten im öffentlichen Veterinärdienst durchgeführt und **richtet sich nach den Artikeln 17 und 18 der Verordnung (EU) 2017/625⁴⁵** einschliesslich der auf der Grundlage dieser Verordnung erlassenen Rechtsakte, die diese Bestimmungen ausführen und Bestandteil von Anhang I des Protokolls zur Lebensmittelsicherheit sind.

² Der Bundesrat regelt die Fleischuntersuchung von Tieren, die bei der Jagd erlegt wurden.

Streitschlichtung: Schiedsgericht muss EuGH anrufen



4. Wirtschaftlicher Schaden durch Bürokratie-Import



Bürokratie-Import kostet

Ohne Rahmenvertrag

CHF 0.5 Mrd.

**Kosten p.a. aufgrund von
Handelshemmnissen**

Schätzung economiesuisse (CHF 0.2-0.5 Mrd.)⁴



CHF 8'300 pro Firma



CHF 130 pro Haushalt



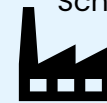
>20x

Mit Rahmenvertrag

**CHF 10-20
Mrd.**

**Kosten p.a. um konform mit
den EU-Regulationen zu sein**

Schätzung Kompass (CHF 10-20 Mrd.)^{1,2,3}



CHF 172'000 pro Firma



CHF 2'600 pro Haushalt

Kein Rahmenabkommen, kein Problem für die Wirtschaft



BREITLING 1884 Georges Kern



CEO, Breitling 2017-heute
CEO, IWC Schaffhausen 2002-2016
Geschäftsführer DACH, TAG Heuer
1997-1999

Bildung

BWL, Universität St. Gallen
Politikwissenschaft, Sciences Po
Strassburg

"Ganz sachlich gesehen wird **Breitling - oder überhaupt die gesamte Schweizer Uhrenindustrie** - in der EU **nicht eine zusätzliche Uhr durch ein allfälliges Rahmenabkommen 2.0 verkaufen.**

Februar, 2024

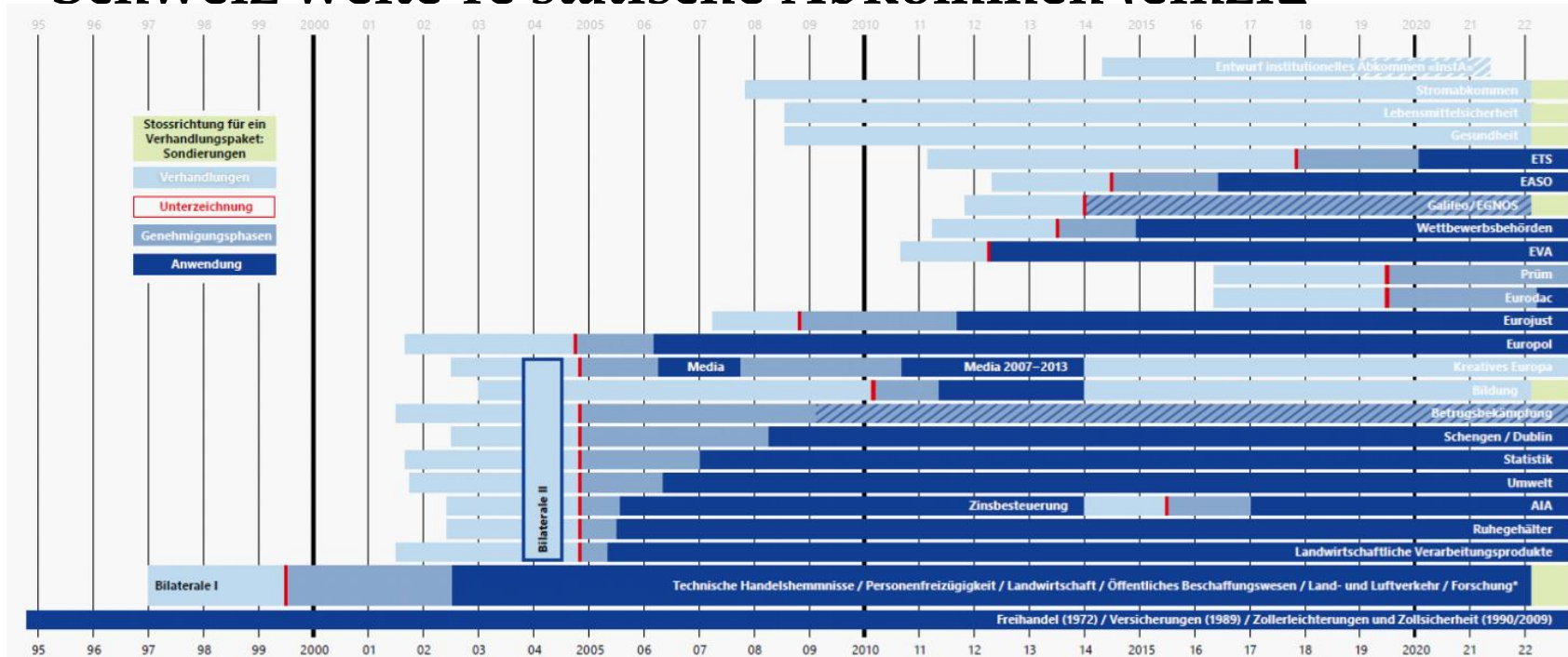
Alleine die Attraktivität unserer Produkte/Dienstleistungen,
welche wir heute zu 98% exportieren, interessiert unsere Kunden.



Peter Stamm

CEO, Selec ag, Hydraulische Steuerungstechnik

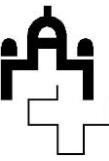
Nach der EU-Personenfreizügig unterzeichnete die Schweiz weitere statistische Abkommen (einzig)



- Vor 1992: Freihandel (1972), Versicherungen (1989)
- Bilaterale I: **Personenfreizügigkeit**, Landverkehr, Luftverkehr, techn. Handelshemmnisse, Landwirtschaft, öffentl. Beschaffungswesen
- Bilaterale II: **Schengen/Dublin**, Zinsbesteuerung (neu: Automatischer Informationsaustausch, AIA), Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistik, MEDIA, Ruhegehälter
- Weitere: Güterverkehr, «Jugend in Aktion», EU-Satellitennavigationsprogramm, Wettbewerbsrecht, Emissionshandel, Prümer Zus. Arbeit

Quelle: www.admin.ch

<https://www.fedlex.admin.ch/de/sector-specific-agreements/EU-acts-register>

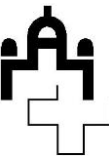


25.3907 Motion

Massnahmen zur Existenzsicherung von PFAS-betroffenen Landwirtschaftsbetrieben

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu treffen und die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, bzw. anzupassen, damit Landwirtschaftsbetriebe, die von einer PFAS-Belastung (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) betroffen sind, rasch, unbürokratisch und nachhaltig unterstützt werden können.

Vom NR angenommen

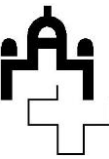


25.3906 Motion

PFAS-Grenzwerte mit realistischen Begleitmassnahmen

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit:

- PFAS-Grenzwerte so festgelegt werden, dass sie neben der Gesundheit auch die natürlichen Hintergrundwerte und die praktische Umsetzung berücksichtigen;
- Für betroffene Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe vorübergehende Ausnahmen ermöglicht werden, wenn sie an Reduktionsmassnahmen mitwirken und die Produktsicherheit gewährleistet ist;
- Auf eine automatische Übernahme der EU-Trinkwasservorgaben verzichtet werden kann, wenn diese nicht zu den Schweizer Verhältnissen passen;
- Regeln geschaffen werden, um wirtschaftliche Folgen für betroffene Betriebe in der Industrie wie in der Landwirtschaft bei der Umsetzung von PFAS-Grenzwerten abzufedern;
- Die bestehenden Vorschriften regelmässig überprüft und bei Bedarf gemeinsam mit Kantonen und Fachstellen angepasst werden.

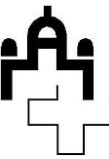


22.3929 Motion

Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen

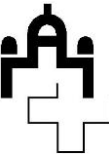
Der Bundesrat wird beauftragt, in den entsprechenden Verordnungen die folgenden PFAS spezifischen Werte festzulegen:

- - Grenzwerte und Bedingungen für die Entsorgung von Materialien (Abfallverordnung)
- - Konzentrationswerte zur Evaluierung der Belastungen des Bodens und der Untergründe (Altlasten-Verordnung und Verordnung über Belastungen des Bodens)
- - Grenzwerte für die Einleitung in Gewässer



25.440 Parlamentarische Initiative Abgeltungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen

Einstimmig hat die Kommission einem Entwurf zur Änderung des Umweltschutzgesetzes zugestimmt ([25.440](#)). Bei der Sanierung von Standorten, die durch PFAS-Löschsäume verunreinigt sind, wird während einer Übergangsfrist von zwei Jahren die finanzielle Unterstützung aus dem VASA-Altlasten-Fonds auch rückwirkend ermöglicht. Damit profitieren Kantone und Gemeinden, die bereits Massnahmen für die Sanierung ergriffen oder abgeschlossen haben, von Abgeltungen an Ausfallkosten

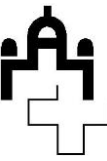


25.3902 Motion

Einführung einer Deklarationspflicht für PFAS

Der Bundesrat wird beauftragt, die Grundlagen zu schaffen, um eine Deklarationspflicht für per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) zu ermöglichen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Deklarationspflichten klar definierbar, völkerrechtskonform und durchsetzbar sowie deren Umsetzung wirtschaftlich tragbar und administrativ einfach sind.



537 Total Vorstösse / Anfragen eingereicht

SUCHE (537)

RELEVANZ



STÄNDERAT - 11.03.2025-08:15 - INTERPELLATION - MOSER TIANA ANGELINA

24.4056 Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte >

...e Ausführungen machen. Langlebige Chemikalien wie **PFAS** oder auch PCB stellen uns vor grosse Herausforderungen. Sie bergen Herausforderungen für die Gesellschaft, für die...

Sitzungsplanung der UREK-S | Planification des séances de la...

CAPTE-N. Consentire il risarcimento per la bonifica delle **PFAS** con effetto retroattivo ...
des valeurs limites pertinentes pour les **PFAS** en tenant compte des conséquences pour l'
...



PDF

Berichte und Vernehmlassungen der UREK

Berichte in der Geschäftsdatenbank Curia Vista Berichte UREK-N Berichte UREK-S ...
UREK-N. Abgeltungen für **PFAS**-Sanierungen rückwirkend zulassenEntwurf der Kommis-
sion ...

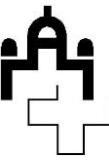


NATIONALRAT - 15.09.2025-14:30 - FRAGESTUNDE. FRAGE - SCHLATTER MARIONNA

25.7715 PFAS-haltige Pflanzenschutzmittel für die private Anwendung >

Schriftliche Antwort (Beilage) - Réponse écrite (annexe)

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

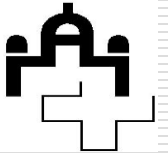
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommersession: 1. – 19. Juni 2026**
- **Herbstsession: 14. September – 2. Oktober 2026**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2026**

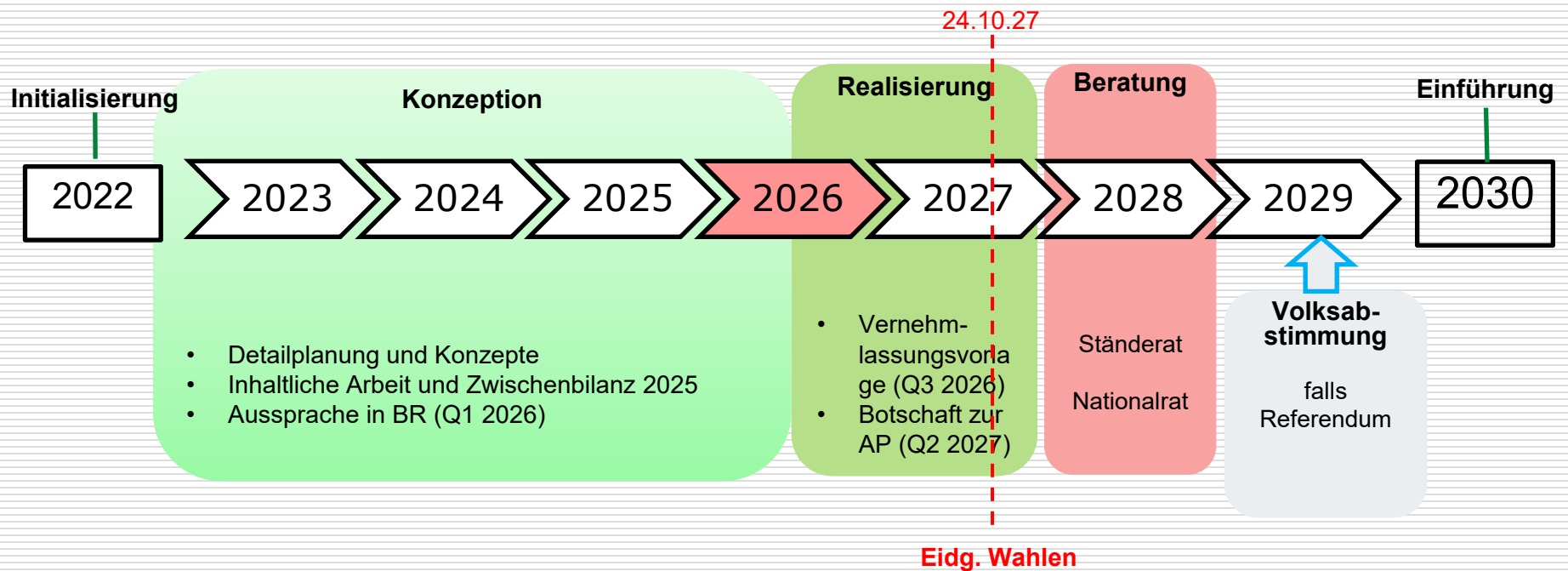
Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



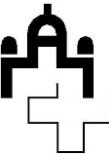
Zeitplan AP 2030 +



Fazit

- Viele Zielkonflikte
- Politik bleibt umstritten





Danke für die Aufmerksamkeit
und Euren Einsatz !

Fragen?

